

Herrn Bürgermeister
Christian Küsters
Doerkesplatz 11
41334 Nettetal

Nettetal, 28. Februar 2026

Antrag zur Überarbeitung des Stellenplans 2026/2027 unter Berücksichtigung der Organisationsuntersuchung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Küsters,

die Fraktionen der CDU und FDP im Rat der Stadt Nettetal beantragen:

Die Verwaltung zu beauftragen, den im Haushaltsentwurf 2026/2027 ab Seite 538 eingebrachten Stellenplan grundlegend zu überarbeiten und dem Rat kurzfristig einen entsprechend angepassten Stellenplan vorzulegen. Dabei sind die bereits vorliegenden Zwischenerkenntnisse der aktuell laufenden ganzheitlichen Organisationsuntersuchung zu berücksichtigen und absehbaren Ergebnissen Rechnung zu tragen.

Der überarbeitete Stellenplan soll insbesondere folgende zusätzliche Transparenz- und Entscheidungsgrundlagen enthalten:

1. Nachzubesetzende Stellen

Alle Stellen, die innerhalb der nächsten zwei Jahre voraussichtlich nachzubesetzen sind, sind vollständig aufzulisten. Für jede Stelle ist:

- a) die Notwendigkeit der Nachbesetzung inhaltlich zu begründen und
- b) eine Priorisierung durch die Verwaltung im Verhältnis zu allen weiteren nachzubesetzenden Stellen vorzunehmen.

2. Stellen zur Erfüllung freiwilliger Leistungen

Alle Stellen, die ganz oder teilweise der Erfüllung freiwilliger Leistungen dienen, sind gesondert aufzuführen und inhaltlich hinsichtlich ihrer Aufgaben darzustellen.

3. Dauerhaft unbesetzte Stellen

Alle Stellen, die seit mehr als zwei Jahren unbesetzt sind, sind gesondert aufzulisten. Für jede dieser Stellen ist zu begründen, weshalb trotz der langfristigen Vakanz weiterhin eine Nachbesetzung vorgesehen ist.

4. Zusätzliche Stellen im Bereich Wohngeld

Die zusätzlich geschaffenen Stellen zur Bearbeitung der gestiegenen Wohngeldanträge sind zu überprüfen. Es ist darzustellen, ob diese Stellen aktuell besetzt sind und ob sie weiterhin in der bestehenden Anzahl erforderlich sind.

5. Stellenbeschreibung und Stellenbewertungen

Wir gehen davon aus, dass für alle im Stellenplan aufgeführten Stellen eine entsprechende Stellenbeschreibung und Stellenbewertung zu Grunde liegt. Sollte dies nicht der Fall sein, teilt die Verwaltung dies mit.

Begründung:

Die zunehmend angespannte Haushaltslage der Stadt Nettetal zwingt alle Akteure zu einem konsequenten und ganzheitlichen Blick auf sämtliche Bereiche des Haushalts und damit ausdrücklich auch auf den Stellenplan.

Bereits mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und FDP aus dem Jahr 2024 zur Durchführung einer ganzheitlichen Organisationsuntersuchung wurde deutlich gemacht, dass sich durch das altersbedingte Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus der Verwaltung in den kommenden Jahren erhebliche strukturelle Spielräume ergeben. Diese eröffnen die Chance, Stellen nicht automatisch vollumfänglich nachzubetzen, sondern unter Nutzung der Möglichkeiten von Digitalisierung, Prozessoptimierung und moderner Arbeitsorganisation den Personaleinsatz effizienter und gleichzeitig bürgerfreundlicher zu gestalten.

Wir sehen diese Entwicklung ausdrücklich auch als Chance für die vielen engagierten und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung. Durch eine intelligente und vorausschauende Personalnachbesetzung altersbedingt ausscheidender Kolleginnen und Kollegen, unter konsequenter Nutzung neuer Technologien, moderner Prozesse und zeitgemäßer Organisationsformen, können vorhandene Fähigkeiten noch besser und wirkungsvoller eingesetzt werden. Dies stärkt nicht nur die Leistungsfähigkeit der Verwaltung insgesamt, sondern erhöht zugleich nachhaltig die Attraktivität der Stadtverwaltung Nettetal als moderner und zukunftsorientierter Arbeitgeber.

Mit der Beauftragung der Organisationsuntersuchung hat sich die Verwaltung auf genau diesen Weg gemacht. Diese Untersuchung läuft aktuell. Gleichwohl erfordert die aktuelle Haushaltslage bereits jetzt, erste Erkenntnisse und absehbare Entwicklungen in die haushalts- und personalwirtschaftlichen Entscheidungen einzubeziehen.

Gerade weil mit dem Haushaltsentwurf 2026/2027 ein Doppelhaushalt für zwei Jahre beschlossen werden soll, kann der Rat nicht wie in der Vergangenheit einem lediglich fortgeschriebenen Stellenplan zustimmen. Ein solches Vorgehen würde dem grundlegenden Ansatz der Organisationsuntersuchung widersprechen. Vielmehr ist es erforderlich, bereits jetzt erste Prioritäten, Bewertungen und Veränderungsansätze sichtbar zu machen.

Auch wenn die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung noch nicht abschließend vorliegen, können und müssen bereits heute fundierte Einschätzungen, Priorisierungen und Begründungen seitens der Verwaltung vorgelegt werden. Nur auf dieser Grundlage ist der Rat in der Lage, eine bewusste und verantwortungsvolle Entscheidung darüber zu treffen, welche personellen Schwerpunkte künftig gesetzt werden sollen.

Mit der Einbringung des Haushalts- und Stellenplans 2026/2027 ist eine solche transparente Prioritätensetzung bislang nicht in dem erforderlichen Maße erfolgt. Dies entspricht nicht den Erwartungen an einen modernen, strategisch ausgerichteten Haushaltsaufstellungsprozess.

Wir sehen es als gemeinsame Verantwortung von Rat und Verwaltung, die notwendige Transparenz herzustellen und damit die Grundlage für tragfähige, nachhaltige Entscheidungen im Interesse der städtischen Finanzen und der Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Philipp Heks
Vorsitzender CDU-Ratsfraktion

Johannes Peters
Vorsitzender FDP-Ratsfraktion